



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 19.04.2007

Beginn: 17:06 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Ogertschnig

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Dr.Compter
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Herr Stadtrat Prof. Dr.Nuding
Herr Stadtrat Pfender

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Dullenkopf
Frau Stadträtin Goeth
Frau Stadträtin Kübler
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Weber

Verwaltungsmitglieder:

Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Dobler, Baubetriebsamt
Herr Falk, Tiefbauamt
Herr Fessler, Ordnungsamt
Herr Fischer, Tiefbauamt
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Reiser, Hochbauamt

entschuldigt:

Frau Stadträtin Brunner
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Gehring

Gäste:

Herr Götz

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
	Hochwasserschutzmaßnahme Mumpfental/Schlierenbachtal; Ortsbesichtigung	
1.	Ersatzbeschaffung einer Kleinkehrmaschine für die Straßenreinigung	64/2007
2.	Umsetzung des Investitionsförderprogramms "Zukunft, Bildung und Betreuung" (IZBB) Gymnasien Vergaben - Außenanlagen - Mensa (Bauabschnitt 4) - Lernbereiche/Mediothek (Bauabschnitt 3)	65/2007
3.	Belagserneuerungen im Stadtgebiet Biberach 2007	63/2007
4.	Erschließung Baugebiet "Innerer Grumpen"	62/2007
5.	Anlage von Stellplätzen im Baugebiet Rissegg-Steige Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln	66/2007
6.	Verschiedenes	
6.1.	Verschiedenes: Ampelschaltung an den Kreuzungen Memminger Straße/Ulmer Straße sowie Memminger Straße/Theodor-Heuss-Straße	
6.2.	Verschiedenes: Autovermietung Straub, Freiburger Straße	
6.3.	Verschiedenes: Ergänzung des Radwegkonzeptes	
6.4.	Verschiedenes: Bolzplatz Rißegger Steige	
6.5.	Verschiedenes: Überhöhte Geschwindigkeit der Fahrzeuge auf der Waldseer Straße	
6.6.	Verschiedenes: Hinweisschild "Jakobusweg" an der Mozartstraße	

Die Mitglieder wurden am 12.04.2007 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 14.04.2007 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP Hochwasserschutzmaßnahme Mumpfental/Schlierenbachtal;
Ortsbesichtigung**

Der Bauausschusssitzung geht eine Besichtigung der Hochwasserschutzmaßnahme Mumpfental/Schlierenbachtal voraus.

Herr Falk stellt das Einzugsgebiet der Bachläufe dar und verweist auf Überschwemmungen im Hasenwinkel sowie der Schlierenbachstraße in der Vergangenheit selbst bei 10-jährigen Regenernissen. Standard für heutige Maßnahmen sei die Auslegung auf ein 100-jähriges Hochwasser, was die durchgeführte Hochwasserentlastungsmaßnahmen sicher stellen würden. Im Zuge des beantragten Zuschusses sei eine Hochwasserrisikoanalyse durchgeführt worden, welche die Notwendigkeit der Maßnahmen nochmals bestätigt habe. Er erläutert die Maßnahmen im Mumpfental sowie im Schlierenbachtal und erklärt auf Anfrage von StR Nuding, ein Regenüberlaufbecken am Friedhof sei nicht ausreichend gewesen, da ein gewisses Volumen benötigt werde und gleichzeitig auf den geringst möglichen Eingriff zu achten sei. Er erklärt StR Haberbosch, die verwendeten Steine seien zur Befestigung der Dämme erforderlich und würden in ein paar Jahren von der Vegetation verdeckt sein. Die Bepflanzung der Anlagen werde voraussichtlich im Herbst erfolgen.

StRin Goeth erkundigt sich, ob die Maßnahme als Ausgleichsfläche verwendet werden könne, was BM Ogertschnig jedoch bezweifelt. Aus seiner Sicht halte sich der erfolgte Eingriff sowie die Ausgleichsfunktion der Maßnahme die Waage.

Herr Falk weist auf die zusätzlich durchgeführten Maßnahmen der Regenwasserbehandlung hin und erklärt StR Dullenkopf die automatischen Reinigungsfunktionen von Regenüberlaufbecken. Die Stahlkonstruktion an den Dämmen sei nötig, um auch im Falle eines Regenwasserereignisses die Steuerung der Abläufe zu ermöglichen. Dies sei gefahrlos möglich, da das Wasser im Extremfall über den Notüberlauf abfließe.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 64/2007 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig schickt voraus, der Vergabevorschlag stelle die wirtschaftlich günstigste, jedoch nicht die billigste Lösung dar.

StR Kolesch geht bezüglich der nicht berücksichtigten Angebote der Firmen Bucher Schörling und Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG davon aus, dass die fehlenden Angaben und Gutachten von der Verwaltung nachgefordert wurden und der Ausschluss nicht allein aufgrund fehlender Angaben erfolgte.

BM Ogertschnig und Herr Merkle erklären, es handle sich um eine beschränkte Ausschreibung nach VOB, wobei im Leistungsverzeichnis Ausschlusskriterien formuliert wurden. So sei beispielsweise ein Schalleistungspegel unter 99 dB(A) gefordert worden. Dieser Wert ergebe sich aus der Lärmschutzverordnung und müsse für einen größtmöglichen, flexiblen Einsatz der Kehrmaschine eingehalten werden. Beide Firmen hätten angegeben, diesen geforderten Wert bereits bei durchschnittlichem Betrieb zu überschreiten.

Herr Merkle betont zudem, dass jeder Firma 2 Tage zur Vorstellung ihres Gerätes zur Verfügung standen.

StR Keil befürwortet die Beschlussvorlage, wundert sich jedoch, dass angesichts der notwendigen Erreichbarkeit für Wartungs- und Reparaturarbeiten auch eine Firma aus Hannover in Erwägung gezogen wurde.

Herr Merkle betont, das Werk befinde sich zwar in Hannover, jede Firma habe jedoch entsprechende Vertretungen in unmittelbarer Nähe von Biberach.

StRin Goeth stimmt dem Beschlussantrag zu, erkundigt sich aber nach dem Verbleib des Vorgängergerätes.

Herr Merkle antwortet, das Gerät werde verkauft oder verschrottet. Er hoffe, dass bis zur Lieferung der neuen Kehrmaschine keine allzu großen Reparaturen fällig werden – andernfalls werde man für den Übergangszeitraum ein Geräte anmieten.

StR Weber signalisiert seine Zustimmung und betont, bei der Auswahl sei insbesondere auch ein zufriedenstellendes Handling des Gerätes wichtig.

Herr Merkle stellt fest, dass dem Baubetriebsamt neben dem Geräteträger für Unkraut- und Wintereinsätze lediglich eine Kleinkehrmaschine zur Verfügung stehe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Auftragserteilung an die Fa. Ulrich Hofmann GmbH, Günzburg für die Beschaffung einer Kleinkehrmaschine für die Straßenreinigung wird zugestimmt.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 65/2007 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch stellt fest, dass sich die Kostenüberschreitungen auf den Bauabschnitt 4 (Mensa) konzentrieren und führt beispielhaft die Vergabe des Bodenbelags an. Er erkundigt sich deshalb, ob die Kosten der Mensa vom Planungsbüro möglicherweise schöngerechnet wurden. Das Argument der konjunkturbedingten Mehrkosten sei zumindest nicht nachvollziehbar, da in diesem Fall auch in anderen Bereichen Mehrkosten entstehen müssten. Auch das Argument zusätzlicher Brandschutzmaßnahmen überzeuge für die trotz erneuter Ausschreibung hohen Mehrkosten im Bereich Metallbau/Innenverglasung nicht. Angesichts der Anmerkung der Vorlage, dass sich der Stand der Vergaben durch erforderliche Nachträge verändern könne, erkundigt er sich zudem, ob weitere Mehrkosten zu erwarten seien.

BM Ogertschnig bittet die Belastung der Planer aufgrund des hohen Zeitdrucks bei der Umsetzung der IZBB-Maßnahmen zu berücksichtigen und erinnert an die vereinbarte Bonus-Malus-Regelung für den Mensabau. Der Hinweis bezüglich des Vergabestandess sei Bestandteil aller Vergabevorlagen.

Herr Götz vom Büro Mann + Partner begründet die Mehrkosten beim Bodenbelag der Mensa mit der Auswahl eines schalldämmenden Belags analog den Lernbereichen/Mediothek. Gleichzeitig habe man jedoch beim Foyer der Aula durch die Auswahl eines Gummibelags anstelle des ursprünglich vorgesehenen Holzbodens Kosten eingespart. Die zusätzlichen Kosten beim Metallbau/Innenverglasung seien durch die Innentüren bedingt – man habe 6 weitere Türen mit automatischer Türöffnung vorgesehen, was pro Tür 5.000 € an Mehrkosten bedeute. Die automatisierte Türöffnung könne alternativ jedoch auch später nachgerüstet werden. Ein weiterer Grund seien die Kostensteigerungen für Stahl und Glas um bis zu 20 %. Hier habe man durch den Ersatz von Stahl durch Aluminium teilweise gegenwirken können.

Grundlage der in der Kalkulation enthaltenden Brandschutzmaßnahmen sei das durchgeführte Brandschutzgutachten gewesen – Mehrkosten in diesem Bereich hätten sich jedoch durch die Verlegung der Technik aus dem Keller ins Erdgeschoss ergeben.

StR Nuding signalisiert seine Zustimmung zur Beschlussvorlage, sieht jedoch ebenfalls die Strategie bewußt niedriger Kostenansätze für die Mensa. Er rügt zudem die unzureichende Dimensionierung der Kühlräume als Planungsfehler, dessen Folgen – eine Überschreitung der Kosten um nahezu 50 % - doch wohl nicht der Steuerzahler tragen müsse. Die spätere Nachrüstung der Türen mit elektrischen Öffnern halte er nicht für sinnvoll und bittet diese deshalb im Zuge der Gesamtmaßnahme auszuführen. Insgesamt sehe er die Tendenz der Verwaltung, die bisherigen Einsparungen bis zur Schlussabrechnung vollständig aufzubrechen.

BM Ogertschnig betont, dies sei nicht das Ziel der Verwaltung. Auch habe es kein Schönrechnen gegeben - die Kostenabweichungen bei der Mensa seien auf die Zeitknappheit des Projekts zurückzuführen.

Herr Götz bietet eine Offenlage der Kalkulation an. Er betont, dass die Kosten nach Bauteilen ermittelt würden und es bei den Außenanlagen immer Spielräume gebe. Nachdem aus Reinigungsgründen größere Flächen nun in Bitumen anstatt mit Natursteinpflaster ausgeführt würden, verringere sich der diesbezügliche Kostenansatz.

Frau Leonhardt erklärt weiter, für das geplante Cook-and-Chill-Verfahren komme den Kühlräumen eine Schlüsselrolle zu – deren Größe sei vom Küchenplaner schlicht zu gering angesetzt worden.

StRin Goeth betont, auch ihre Fraktion sei alles andere als glücklich über die Mehrkosten. Der Einsatz einer Korkunterlage zur Schalldämmung in der Mensa werde jedoch begrüßt. Ansonsten seien – wo vertretbar – Einsparungen vorzunehmen.

StR Späh führt die Mehrkosten auf den Zeitdruck zurück. So hätte der Bedarf eines schalldämmenden Bodenbelags in der Mensa von Beginn an bekannt sein müssen. Die Ausführung der Kühlraumtrennwände in verzinktem Stahlblech bittet er nochmals zu überdenken. Langfristig gesehen sei dies gegenüber Chromnickelstahl nicht günstiger, da das Stahlblech schneller roste. Im Übrigen signalisiert er seine Zustimmung.

Frau Leonhardt erläutert, die ursprünglich angedachte Ausführung des Bodenbelags der Mensa entspreche dem Stand der Technik. Im Anschluss an die Planung und Kostenschätzung habe man jedoch verschiedene Mensen besichtigt und festgestellt, dass diese den Anforderungen in der Praxis nicht genügt. Bezüglich der Kühlraumtrennwände gehe man nicht von einer notwendigen Lebensdauer von 50 Jahren aus, weshalb das verzinkte Stahlblech vollkommen ausreichend sei.

Herr Götz ergänzt, in der Mensa werde das Material nicht in der Art und Weise beansprucht wie in der Industrie, wo vorwiegend Chromnickelstahl eingesetzt werde.

StR Braig bittet Herrn Götz um eine Einschätzung, bei welchen Gewerken Nachträge drohen können.

Herr Reiser führt beispielhaft den Nachtrag einer Firma an, der aufgrund der Aussetzung der Arbeiten während der Abiturprüfungen eingereicht wurde. Er betont, dass Nachträge aus heiterem Himmel entstehen können.

Herr Götz ergänzt, teilweise handle es sich um geringfügige Nachträge, welche durch entfallende Leistungen kompensiert würden. Ein Unsicherheitsfaktor sei stets der Tiefbau bzw. Rohbau – in der jetzigen Phase sei man dagegen vor negativen Überraschungen relativ sicher.

StR Pfender bittet um Auskünfte zur gestalterischen Anpassung der Tore an den Bestand des Pestalozzi-Gymnasiums.

Herr Götz erklärt hierzu, das gesamte Schulareal solle nachts und an den Wochenenden geschlossen sein. Hierfür habe man entsprechend dem Bestand 4 anspruchsvoll gestaltete Tore mit Holzlamellen ausgeschrieben.

StR Herzhauser teilt die Auffassung von StR Späh bezüglich der Kühlraumtrennwände. Bei der Nutzung der Räume seien Kratzer unvermeidbar, welche dann Rost ansetzen würden. Chromnickelstahl sei deshalb die bessere Alternative und dabei maximal 7.000 € teurer.

StR Späh **beantragt** daraufhin, die Kühlraumtrennwände in Chromnickelstahl auszuführen.

Dem Antrag der Grünen Fraktion wird bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich entsprochen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Kühlraumtrennwände werden in Chromnickelstahl ausgeführt.**
- 2. Im Übrigen werden die Arbeiten wie in der Vorlage dargestellt an den jeweils günstigsten Bieter vergeben.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 63/2007 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch signalisiert seine Zustimmung zur Beschlussvorlage. Er vergewissert sich jedoch, dass es sich bei der zu sanierenden Brücke nicht um die vor wenigen Jahren renovierte Brücke am Bahnübergang handelt. Den Ansatz der Verwaltung, an der Martin-Luther-Straße Stellplätze zu schaffen, lobt er indes.

StR Keil geht davon aus, dass die Vorlage nicht alle Sanierungsmaßnahmen für das Jahr 2007 beinhaltet und betont nochmals die Notwendigkeit, die eingestellten 2 Mio. € für die Straßensanierung auch einzusetzen.

Er erkundigt sich zudem, wie weit sich die Belagserneuerungen an der Leipzigstraße konkret erstrecken und bittet darum, die Belastung der Bewohner möglichst zu minimieren, da in diesem Bereich derzeit viele Baumaßnahmen durchgeführt würden. Für künftige Vorlagen wünscht er sich die Angabe der Streckenlänge ergänzend zur m²-Zahl und soweit erforderlich einen Übersichtsplan.

Auf die Anfrage von StR Kolesch erklärt er, es handle sich um die Rißbrücke zur Memminger Straße hin. Ihn wundere jedoch, dass diese Sanierungsarbeiten nicht gemeinsam mit der Brücke am Bahndamm durchgeführt wurden.

StRin Goeth begrüßt die Abarbeitung des Sanierungskatalogs. Sie bittet um Auskunft, um welches Straßenstück es sich bei der Königsbergallee konkret handelt.

StR Weber befürwortet die Beschlussvorlage, erkundigt sich jedoch nach dem Alter der Beläge. Auch interessiert ihn, wie die Unterschiede zwischen den Planansätzen und den Submissionsergebnissen zustande kommen.

Herr Fischer erklärt, bei der sanierungsbedürftigen Brücke handele es sich um jene zwischen dem Sozialgebäude der Firma Liebherr und der gegenüberliegenden Waage. In der Vorlage müsse dementsprechend die Straßenbezeichnung korrigiert werden. Die Renovierung der Brücke werde mit der neuen Südzufahrt wesentlich leichter durchzuführen sein. Die Anregung von StR Keil werde in künftigen Vorlagen berücksichtigt, bei den Bauarbeiten an der Leipzigstraße wie immer auf eine möglichst geringe Belastung der Anwohner geachtet. Beim Streckenstück der Königsbergallee handle es sich um die nördliche Rampe zum Freibadparkplatz. Dieser sei von den Bauarbeiten zwar betroffen, es bestehe jedoch auch noch die Zufahrtsmöglichkeit an der Südseite. Das Alter der Straßenbeläge sei abhängig von der Verkehrsbelastung, es würden jedoch grundsätzlich strapazierfähige Beläge verwendet.

Herr Fischer betont zudem, dass die für die Straßensanierung verfügbaren Mittel ausgeschöpft würden, unter Anderem erfolge zeitnah die Belagssanierung in der Rollinstraße bzw. der Hans-Liebherr-Straße im Zuge des Kreiselbaus.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Den vorgesehenen Belagserneuerungen im Stadtgebiet von Biberach wird zugestimmt. Der Auftrag für die Straßenbauarbeiten wird dem günstigsten Bieter, der Firma Mabau GmbH, Ravensburg-Schmalegg, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 23. März 2007 erteilt.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 62/2007 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig weist darauf hin, dass sich die Maßnahme zum Ärger der Ortschaft aufgrund der notwendigen Klärung der Löschwasserversorgung verzögert habe.

StR Späh erkundigt sich angesichts der sehr geringen Abstände zwischen den Bieterinnen, ob hierdurch Probleme entstehen könnten. Auch regt er an, in künftigen Baugebieten wieder mehr wassergebundene Beläge einzusetzen.

BM Ogertschnig schließt Probleme mit Bieterinnen aus – die Höhe des Preisunterschiedes spiele keine Rolle. Zu den wassergebundenen Belägen weist er auf die bereits ausführlich geführte Diskussion zu diesem Thema hin, an dessen Ende man sich aufgrund des sehr teuren Unterhalts auf den Einsatz solcher Beläge lediglich in Parks und bei Fußwegen geeinigt habe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Baumaßnahme für die Erschließung des Baugebietes "Innerer Grumpen" im Rahmen des Haushaltsplanes wird zugestimmt.**
- 2. Bei HST 2.6300.951223.4/100 wird der Haushaltsrest in Höhe von 168.289,10 € in das Haushaltsjahr 2007 übertragen.**
- 3. Bei HST 2.6900.965103.8/100 wird der Haushaltsrest in Höhe von 41.901,42 € in das Haushaltsjahr 2007 übertragen.**
- 4. Die Straßenbauarbeiten mit Linksabbiegespur werden an die günstigste Bieterin, die Firma F. Kirchoff, Langenargen, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 19.03.2007 in Höhe von 371.335,07 € vergeben.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 66/2007 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch sieht die Anregung der CDU-Fraktion im Weißdornweg zwei Stellplätze pro Wohnung zu fordern durch die Vorlage bestätigt. Selbst in diesem ökologischen Baugebiet seien 1,5 Stellplätze pro Wohnung offensichtlich nicht ausreichend. Dass der Trend sogar zum Drittwagen gehe, könne derzeit der Presse entnommen werden.

Er begrüßt die Vorlage, erkundigt sich jedoch, wie der Preis pro Stellplatz ermittelt werde und ob ein Mischpreis oder unterschiedliche Preise angedacht seien. Eine Bezuschussung durch die Stadt komme jedenfalls nicht in Betracht. Er regt an, die Nachfrage auf Grundlage des konkreten Stellplatzpreises nochmals zu ermitteln. Nicht befürwortet werde die Vergabe der Ingenieurleistungen nach Außen.

StR Keil befürwortet die Vorlage und hält auch die eingeschlagene Vorgehensweise, zunächst die Entwicklung des Gebiets abzuwarten, für richtig. Er selbst wohne in einem Gebiet, in dem für 10 Wohnungen 8 Stellplätze ausreichend seien. Trotzdem sei es notwendig, die Stellplatzanzahl in neuen Baugebieten zu überdenken. Ein Mittelrückfluss von 100 % sei beim Stellplatzbau zu gewährleisten.

StRin Goeth teilt die Meinung zur 100%-igen Kostendeckung und verweist ebenfalls auf den gestiegenen Stellplatzbedarf in Neubaugebieten. Befürwortet werde eine Mischkalkulation für die Stellplätze.

StR Späh weist darauf hin, dass sich die Bewohner der Rissegg-Steige bewusst für dieses ökologische Baugebiet entschieden hätten. Trotzdem halte er die Ausweisung weiterer Stellplätze bei bestehendem Bedarf für sinnvoll und wichtig, um Ärger und Streit zu vermeiden. StR Kolesch weist er darauf hin, dass vom Erschließungsträger bislang lediglich 1 Stellplatz und nicht 1,5 Stellplätze pro Wohnung hergestellt wurden. Ein 100%-iger Mittelrückfluss sei zu gewährleisten, die Festlegung eines Mischpreises werde befürwortet.

StR Braig signalisiert seine Zustimmung. Die Bürger hätten ein berechtigtes Interesse an einer ausreichenden Stellplatzanzahl. Die Ingenieurleistungen seien jedoch intern zu erbringen.

BM Ogertschnig weist darauf hin, dass in den Ortsteilen künftig 2 Stellplätze pro Wohnung gefordert würden und die Stellplatzsatzung entsprechend angepasst werde. Das Baugebiet Rissegger Steige habe eine andere Zielsetzung verfolgt, wobei man jedoch erkennen müsse, dass die Realität anders aussehe. Dies werde künftig berücksichtigt.

Herr Kuhlmann teilt mit, der Bebauungsplan habe im ersten Entwurf noch 1,5 Stellplätze pro Wohnung vorgesehen. Nachdem die im Vorfeld durchgeführte Umfrage jedoch überwiegend einen Bedarf von lediglich einem Stellplatz pro Haushalt ergeben habe, sei der Bebauungsplan entsprechend angepasst worden. Zu den Stellplatzkosten erklärt er, das Tiefbauamt habe einen

Mischpreis pro m² kalkuliert, der sämtliche Kosten beinhaltet und der den Interessenten mitgeteilt worden sei. Die Nachfrage sei daraufhin etwas zurückgegangen.

Herr Fischer weist darauf hin, dass sich bei einer internen Bearbeitung der Ingenieurleistungen andere Maßnahmen entsprechend verschieben werden. Zudem biete sich hier die Vergabe an, da die Kosten von ca. 12.000 – 15.000 € weitergegeben werden könnten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Bau von 34 Stellplätzen im Baugebiet Rissegg-Steige wird zugestimmt.

2. Bei HST 2.6300.955108.6/400 werden 24.000 € in das Haushaltsjahr 2007 übertragen.

3. Bei HST 2.6300.955108.6/400 werden 38.000 € überplanmäßig bewilligt.

**TOP 6.1 Verschiedenes: Ampelschaltung an den Kreuzungen
Memminger Straße/Ulmer Straße sowie
Memminger Straße/Theodor-Heuss-Straße**

StR Pfender weist auf die langen Wartezeiten für Kraftfahrzeuge an der Kreuzung Memminger Straße/Theodor-Heuss-Straße hin, obwohl Fußgänger in diesem Bereich eine Rarität seien. Am Evangelischen Friedhof (Kreuzung Memminger Straße/Ulmer Straße) sei die Grünphase für Fußgänger dagegen so kurz, dass diese nur in schnellen Schritten die Straße queren könnten. Er fordert eine zeitnahe Verbesserung der Situation.

StR Weber rügt die kurze Grünphase für den Fußgängerverkehr in Richtung Evangelischer Friedhof ebenfalls.

Herr Fischer betont, das Büro sei bereits mit Nachbesserungen befasst. Die Einspielung der Änderung habe gestern jedoch noch nicht funktioniert.

StR Kolesch stellt klar, dass dieser Einspielversuch der Stadt nicht in Rechnung gestellt werden dürfe und bittet andernfalls um Mitteilung an den Bauausschuss.

TOP 6.2 Verschiedenes: Autovermietung Straub, Freiburger Straße

StR Keil verweist auf den Unmut der Anwohner in der Freiburger Straße, welche durch die Autovermietung Firma Straub regelmäßig zugeparkt würden. Er bittet die Verwaltung, die Firma Straub auf dieses Problem anzusprechen und nach Lösungsmöglichkeiten wie beispielsweise die Anmietung von Stellplätzen in der näheren Umgebung zu suchen.

BM Ogertschnig betont, dass dieses Problem vorwiegend durch das Abladen der Kraftfahrzeuge entstehe. Er weist darauf hin, dass nicht zugelassene Fahrzeuge auf öffentlichen Stellplätzen ohnehin abgestellt werden dürften. Das Ordnungsamt werde sich dieses Themas annehmen.

TOP 6.3 Verschiedenes: Ergänzung des Radwegekonzeptes

StR Keil weist darauf hin, dass das Radwegekonzept in einigen Punkten über die beschlossenen Maßnahmen hinausgehe und bittet den Bauausschuss über die Änderungen zu informieren.

Herr Kuhlmann betont, das Radwegekonzept decke sich aus seiner Sicht mit der Beschlussfassung und bittet StR Keil deshalb, ihm eventuelle Abweichungen zur Kenntnis zu geben.

TOP 6.4 Verschiedenes: Bolzplatz Reißegger Steige

StRin Kübler erkundigt sich nach dem Planungsstand.

BM Ogertschnig und Herr Kuhlmann erklären, ein Standort für den Bolzplatz sei ins Auge gefasst. Derzeit verhandle man mit dem Eigentümer bezüglich des Grunderwerbs, wobei mit einer Einigung zu rechnen sei.

TOP 6.5 Verschiedenes: Überhöhte Geschwindigkeit der Fahrzeuge auf der Waldseer Straße

StR Weber hat den Eindruck, dass zwischen den Ampeln der Waldseer Straße mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit gefahren wird.

Herr Fessler betont, durchgeführte Geschwindigkeitskontrollen hätten keine Überschreitungen ergeben.

TOP 6.6 Verschiedenes: Hinweisschild "Jakobusweg" an der Mozartstraße

StR Braig weist darauf hin, dass seit der Erschließung des Baugebiets „Mozartstraße“ das Hinweisschild für den Jakobusweg fehle.

BM Ogertschnig erklärt, man werde sich mit der ausführenden Firma Lämmle in Verbindung setzen.

Bauausschuss, 19.04.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

- Vorsitzender: BM Ogertschnig
- Stadtrat: Keil
- Stadtrat: Hagel
- Schriftführerin: Ege
- Gesehen: OB Fettback
- Gesehen: EBM Wersch